

# PLENUM AKTUELL

11. – 14. Dezember 2012

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Verheerende Finanzpolitik in Wiesbaden

Skrupellose Ausgabenpolitik auf dem Rücken der Kommunen und unverantwortliche Mehrausgaben für das Wahlkampfjahr, so sieht der Doppelhaushalt 2013/2014 aus. Hessens Kommunen sind nachweislich die defizitärsten unter allen Bundesländern. Der Grund dafür ist, dass die Hessische Landesregierung die geringsten Zuweisungen gewährt: Hessens Kommunen erhalten weniger als 600 € pro Kopf der Bevölkerung, vergleichbare Bundesländer zahlen ihren Kommunen ca. 800 € pro Kopf. In dieser Situation kürzt die Landesregierung zusätzlich 344 Mio. € jährlich aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und treibt damit die Städte und Gemeinden sowie Kreise in den Ruin. Der hoch gepriesene Schutzschirm gibt noch nicht einmal 30% der KFA-Kürzung zurück und ist eine einzige Show-Veranstaltung des Finanzministers zu Lasten der Kommunen. Die werden gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen und freiwillige Leistungen wie Vereinsförderung zu streichen.

## Typisch FDP:

### FÜR Fracking + GEGEN Mindestlohn + WACKELN beim NPD-Verbot

Die schlechten Umfragewerte für die FDP verwundern nicht wirklich. Die Politik dieser Partei geht vollkommen an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbei. In Nordhessen spricht sich die FDP klar und eindeutig **für Fracking** aus und ignoriert die enormen Gefahren für Umwelt, Natur und damit für die Menschen. Beim Fracking werden Chemikalien unter hohem Druck in Untergrundschichten gepresst, damit diese aufbrechen und dort eingeschlossenes Gas entweichen kann. Völlig klar, dass eine Gefährdung des Grundwassers dabei nicht ausgeschlossen werden kann. Deshalb lehnen wir ein solches Verfahren ab!

Die erneute **Ablehnung von Mindestlohn** durch die Landesregierung und insbesondere durch die FDP ist ein weiterer Beleg dafür, dass diese Regierung nur für die obere Gesellschaft Politik macht. Die Feststellung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Jörg-Uwe Hahn (FDP), dass das wirtschaftsstarke Hessen für derartige Regelungen keinen Bedarf habe, sagt alles! Wer offenen Auges die Ausnutzung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bewusst zulässt, darf keine Regierungsverantwortung mehr tragen. Wir Sozialdemokraten werden weiterhin für eine anständige Entlohnung kämpfen! Wir wollen, dass die Beschäftigten von ihrem Lohn leben und Familien ernähren können.

Darüber hinaus hat sich Hahn, wie auch die hessische CDU, bis zuletzt **gegen** ein erneutes **NPD-Verbotsverfahren** gestellt. Wir kritisieren diesen laxen Umgang mit einer Partei, die eine menschenverachtende Ideologie hat. Für uns muss ein demokratischer Rechtsstaat offensiv gegen jegliche Form von Rechtsextremismus vorgehen und dazu gehört auch, ein rechtssicheres Verbotsverfahren in die Wege zu leiten. In unserem Rechtsstaat dürfen Parteien wie die NPD, die die Demokratie verhöhnt und bekämpft, keinen Platz haben, und Parlamente dürfen ihnen nicht als Forum für Demokratiefindlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Das Verbotsverfahren ist selbstverständlich kein alleiniges Mittel, um Rechtsextremismus zu bekämpfen, aber das Verbot würde dazu führen, dass die NPD nicht länger mit Steuergeldern unterstützt wird.

## Weitere Schulgesetzänderung macht Chaos perfekt

Die Änderung im Schulgesetz für eine neue Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen G8 und G9 bringt mehr Chaos als Entspannung in die Schullandschaft. Zumal die angebliche Wahlfreiheit großer Etikettenschwindel ist, denn weder Eltern noch Schüler haben eine echte Wahl: Die

Schulen entscheiden über ihre Schulform, und gerade im ländlichen Raum haben die Kinder aufgrund weniger Schulen keine wirkliche Auswahl. Der Gesetzentwurf ist bei der Anhörung im Hessischen Landtag auf große Kritik gestoßen. Proteste von Eltern haben in letzter Zeit dazu geführt, dass mittlerweile mehr als die Hälfte der Schulen zu G9 zurückgekehrt sind. Die Verkürzung in der Mittelstufe war und ist der völlig falsche Weg!

Wir haben einen Dringlichen Erschließungsantrag eingebracht, der mindestens auch den heutigen Klassen 5 im Bildungsgang G8 ein Rückkehrrecht zu G9 ermöglichen soll. Massive Elternwünsche machen deutlich, dass eine solche Regelung dringend notwendig ist, und wir fordern die Landesregierung auf, diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

Die im Gesetz neu geschaffene Möglichkeit, parallel G8 und G9 anzubieten, ist nicht durchdacht. Zum einen dürfen dies nur große Schulen anbieten, zum anderen werden nach diesem Modell zunächst ALLE Kinder in Klasse 5 + 6 nach G8 unterrichtet und haben so weiterhin den Schulstress. Ab Klasse 7 entscheidet dann die Schule - nicht die Eltern! -, ob das Kind nach G8 oder G9 weiter beschult werden soll. Dies ist völlig irrsinnig, ignoriert den Elternwillen und frustriert die Kinder. In Hessen lehnen 90% die Verkürzung der Mittelstufe (G8) ab. Die unausgegorene hessische Bildungspolitik hat aus unserer Sicht einzig und allein dazu geführt, Kindern den nötigen Freiraum zu streichen, Nachhilfe-Stunden auf Rekordhöhe zu bringen und Vereinen den Nachwuchs zu stehlen. Die Landesregierung muss endlich akzeptieren, dass G8 in dieser Form gescheitert ist. Stress kann nicht zu guter Bildung führen!

### **Skandal bei Privat-Uni EBS**

Die EBS-Universität in Wiesbaden kommt nicht aus den Schlagzeilen, und dafür ist die Hessische Landesregierung mitverantwortlich. Denn das Hessische Wissenschaftsministerium hat laut Landesrechnungshof rund 24 Mio. € an die Uni gezahlt, ohne vorher deren Zahlungsfähigkeit zu prüfen. Für diese Versäumnisse zahlen jetzt die hessischen Steuerzahler, denn die Gelder wurden bei der EBS nicht ordnungsgemäß verwendet. Die SPD hat seit langer Zeit auf diese Unregelmäßigkeiten hingewiesen, die vom Ministerium ignoriert wurden. Auch in der Plenarsitzung gestand Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann keine eigenen Fehler ein, sondern sie kanzelte die Feststellungen des Rechnungshofs als Behauptungen und Vorwürfe ab – ein Skandal! Dem unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern muss nachgegangen werden, und daher haben wir einen Untersuchungsausschuss beantragt.

### **Kinderförderungsgesetz schadet Kinderbetreuung**

Der von CDU und FDP in erster Lesung vorgelegte Entwurf für ein Kinderförderungsgesetz bedeutet aus unserer Sicht eine Verschlechterung der Qualität frühkindlicher Bildung. Der Entwurf schafft ungleiche Voraussetzungen in Stadt und Land und bedroht kleine Träger in ihrer Existenz. Die Träger müssen ihre Kita-Gruppen möglichst groß machen, um finanziell über die Runden zu kommen. Gerade im ländlichen Bereich, wo die Gruppen nicht immer ausgelastet sein können, werden diese Vorgaben des Landes zu enormen Schwierigkeiten führen. Wir befürchten, dass Kitas geschlossen werden, und daher muss das Gesetz geändert und dringend zur Gruppenförderung zurückgekehrt werden.

Obwohl Städte und Gemeinden vor dem Staatsgerichtshof bereits erfolgreich gegen das Land Hessen für eine bessere Finanzausstattung geklagt haben, sind die Landeszuschüsse nach dem neuen Gesetzentwurf unzureichend.

Die Wohlfahrtsverbände haben in dieser Woche den bekannt gewordenen Gesetzentwurf scharf kritisiert, da das Gesetz zu größeren Gruppen, schlechterem Personaleinsatz mit durchschnittlich niedriger qualifizierten Kräften und kürzeren Öffnungszeiten führen werde.

Kleinere Einrichtungen werden durch diese Vorgaben in ihrer Existenz bedroht oder müssen zwangsläufig das Angebot verschlechtern. Wir halten eine solche Familienpolitik für einen Skandal! Die Folgen, wie reduzierte Öffnungszeiten, sind mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverantwortlich!

**Trotzdem: Schöne Weihnachtstage und ein gutes, erfolgreiches und gesundes Jahr 2013 wünscht Brigitte Hofmeyer, MdL**  
**[www.Hofmeyer-MdL.de](http://www.Hofmeyer-MdL.de)**